



Die Gewerkschaft.
Le Syndicat.
Il Sindacato.

Nationalrat für Sozialversicherungsabkommen mit Kosovo

Zeit der Gerechtigkeit für Kosovar/innen!

Der gewerkschaftliche Druck trägt Früchte: Heute hat der Nationalrat endlich das Abkommen mit Kosovo über soziale Sicherheit zugestimmt. Damit wird den kosovarischen Arbeitnehmenden ermöglicht, ihre Rente auch im Ausland zu beziehen und ihren wohlverdienten Ruhestand in ihrem Land zu geniessen. Die Unia begrüsst den Entscheid des Nationalrates, fordert aber nun auch Lösung, wie Ansprüche aus der Zeit, in der es kein Abkommen gab, abgegolten werden können.

Kosovo ist der einzige Nachfolgestaat Jugoslawiens, mit dem die Schweiz seit dem 1. April 2010 keine vertraglichen Beziehungen im Sozialversicherungsbereich unterhält. Seit jenem Zeitpunkt wird die Rente nur an in der Schweiz wohnhafte kosovarische Staatsangehörige ausbezahlt. Das Sozialversicherungsabkommen koordiniert insbesondere die Alters-, Hinterlassenen- und Invaliditätsvorsorge der Vertragsstaaten und regelt die Auszahlung von Renten ins Ausland.

Hoher Preis der Diskriminierung

Für die Betroffenen war die Situation schwierig. Sie fühlten sich von beiden Staaten im Stich gelassen und der Preis dieser Diskriminierung war hoch: Vielen AHV-Bezüger/innen wurde die Auszahlung der Rente in den Kosovo verweigert. Auch mit dem neuen Abkommen ist nicht restlos geklärt, wie sie diese Ansprüche rückwirkend geltend machen können.

Auszahlung der Renten auch rückwirkend sichern

Ab dem Zeitpunkt des Inkrafttretens des Abkommens endet die Diskriminierung kosovarischer Bürgerinnen und Bürgern in Bezug auf zukünftige Leistungen. Eine rückwirkende Leistungsabgeltung ist aber nicht vorgesehen. Die Unia fordert vom Bundesrat nun eine Lösung, wie auch Ansprüche aus der Zeit, in der es kein Abkommen gab, abgegolten werden können.

Für Rückfragen:

Osman Osmani, Gewerkschaftssekretär für Migration

Leena Schmitter, Mediensprecherin Unia

Unia Schweiz, Medienmitteilung, 5.6.2019.

Unia Schweiz > Kosovo. Sozialversicherungsabkommen. Unia Schweiz, 2019-06-05